

Casino-Krise: Bruttospielertrag sinkt deutlich stärker als erwartet

Rückgang von 58 Prozent erwartet nach Sperrlisten austausch: Die Regierung prüft Änderungen der Vorgaben.

Gary Kaufmann

Die Regulierungen haben die Glücksspielbranche hart getroffen: Innerhalb der vergangenen drei Jahre haben fünf Casinos in Liechtenstein (inklusive Castle Casino in Vaduz) geschlossen. Das nächste Aus wurde schon angekündigt: Per Ende September stellt das Casino Admiral in Ruggell den Betrieb ein, weil dieser nicht mehr «profitabel geführt werden kann». Die Geldspielabgaben wurden erhöht, das Verhältnis zwischen Spieltischen und Automaten geändert sowie Vorgaben eingeführt, die mehr Personal erfordern. Zu schaffen macht den Casinos jedoch vor allem der Sperrlisten austausch, der Anfang Jahr in Kraft getreten ist. Wer in der Schweiz gesperrt ist, kann seither nicht mehr nach Liechtenstein ausweichen. Damit fehlt den Betreibern ein wichtiger Anteil an Gästen, auf den sie sich in

der Vergangenheit verlassen konnten. Das Casino Schaanwald ist stabil und eine Schliessung nicht geplant, betont Mediensprecher Martin Frommelt. Dennoch warnt er vor einem Niedergang der Branche: «Die regulatorischen Rahmenbedingungen haben sich inzwischen gegenüber den Mitbewerbern in beiden Nachbarländern dermassen verschlechtert, dass mittelfristig der gesamte Casino-Standort gefährdet ist.»

Die Regierung dürfe nicht tatenlos zusehen, sondern müsse sicherstellen, dass Anbieter eine «angemessene Rendite» auf ihre Investitionen erzielen können. Dieser Grundsatz ist auch im Geldspielgesetz festgehalten, betont Frommelt: «Die Politik müsse endlich einmal mit und nicht nur über die Casinos reden und gemeinsam Massnahmen definieren und beschliessen», damit diese weiterhin überlebensfähig bleiben. Auf Anfrage signalisiert das

Ministerium für Inneres, Wirtschaft und Sport Handlungsbereitschaft, denn die Auswirkungen des Sperrlisten austausches sind drastischer als angenommen. Vor Inkrafttreten des Abkommens wurde davon ausgegangen, dass der Bruttospielertrag aller Spielbanken um rund 30 Prozent sinkt. Inzwischen geht die Regierung aufgrund der vorliegenden Daten davon aus, dass die Casinos 2025 nur noch 60 Millionen Franken Umsatz erzielen werden. Dies entspricht einem Rückgang von 58 Prozent gegenüber dem Vorjahr, womit der Staat deutlich weniger Abgaben und Steuern erhalten wird.

Behörde informiert Betreiber nächste Woche über Änderungen

«Änderungen auf Verordnungsebene sind derzeit in Prüfung», teilt das Ministerium mit. Nächste Woche lädt das Amt für Volkswirtschaft alle Spiel-

banken zu einem Treffen ein, an dem «Änderungen bezüglich der Anforderungen der Geldspielaufsicht mitgeteilt werden». Das Ministerium weist darauf hin, dass seit dem Sperrlisten austausch mehrere Gespräche mit den Casinos auf Behördenebene stattgefunden haben und weitere geplant sind, um sich über die Lage und mögliche Lösungen auszutauschen. Konkrete Massnahmen kündigt das Ministerium in seiner Stellungnahme keine an. Möglichkeiten, um die Casinos zu entlasten, wären die Senkung der Geldspielabgabe und eine Lockerung des Verhältnisses zwischen Spieltischen und Automaten. Für gesetzgeberische Eingriffe in das System brauche es eine «belastbare Grundlage und Einschätzung der Marktentwicklung», so das Ministerium. Derzeit zeigt sich eine «volatile Situation» in der Glücksspielbranche, was der Regierung die Entscheidungsfindung erschwert.